Mittwoch, 24. November 1926 · 74. Jahrgang Nr. 554

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 90 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 2446 bis 2452; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67—68, Wiener Strasse 1—6, Frankfurter Alleé 286, Frankfurter Alleé 246, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 109, Lochhamerstrasse 5.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „ULK"
BERLIN VERÄNDERLICH

Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse 79, Fenstr. 1, Müllerstrasse 135, Badstrasse 61, Königstrasse 56—57, Rosenthaler Strasse 65, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 58, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 66, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, Kantstr. 34, Scharrenstr. 33, Nürnberger Str. 25—26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hennriettenstr. 1; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1—3, Rankestr. Berliner Str. 41, Hermann-str. 93—94, Kaiser-Friedrich-Str. 247—48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 23—24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krillustr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31—32; Göpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Thoiry — nicht Potsdam!

Die außenpolitische Debatte im Reichstag — Stresemann schüttelt die Wehrverbände ab — Geßler rechtfertigt sich

Die Besprechung der auswärtigen Politik, die gestern im Reichstag begann, wurde eröffnet durch eine Erklärung der Regierungsparteien, die der Abgeordnete Emminger von der Bayerischen Volkspartei vorlas. Es war wohl ganz gut, daß man für die Feststellung, Grundgedanke und Ziel von Thoiry seien auch durch die gegenwärtigen Hemmungen nicht entwertet, gerade einen bayerischen Volksparteiler und dabei noch den strammen Rechtser justizministerlichen Angedenkens Emminger gewählt hat. Ob sein Parteifreund Held, der bayerische Ministerpräsident, ihn schnell desavouieren wird bei einer seiner Extratouren? Daß im jetzigen Stadium der Verhandlungen über die Militärkontrolle eine breitere Debatte untunlich sei, war im übrigen bestimmend für die Kürze der Sammelerklärung, die Stresemanns Politik unterstützt.

Der Abgeordnete Hoetzsch sprach für die Deutschnationalen. Der Herr Graf hatte es befohlen! Und Hoetzsch sprach verbindlich, begrüßt die Verständigung, bedauert ihre Hemmungen, ist gar nicht so schlimm „nationale Opposition", i wo!, er lehnt den völkischen Antrag auf Kündigung der Locarno-Verträge ab, er blinzelt und spricht von Berührungspunkten zwischen seiner Partei und der Regierung, und er stellt sich das ganz malerisch vor, wenn die Deutschnationalen mit Hilfe ihres nationalen Gewissens wieder „Regierungsteilnehmer" sind. Lebhaftes hört, hört! klang dieser treuherzigen Selbstempfehlung aus der Mitte und von der Linken her entgegen.

Der Reichsaußenminister griff darauf in die Debatte ein, antwortete zunächst lebhaft auf einzelne Punkte der Hoetzschen Rede, so auf die Anzapfung wegen der Flaggenhissung auf der deutschen Botschaft in Washington am Waffenstillstandstag und ging dann zur Verlesung eines Manuskriptes über die Militärkontrollfrage über. Das Interesse des vollen Hauses an dieser Verlesung erlahmte allmählich, zumal die Ausführungen Stresemanns ebenfalls erkennen ließen, daß er den Zeitpunkt zu längeren und detaillierten Ausführungen nicht für gegeben hält. Seine Worte gegen die Wehrverbände dagegen fanden starke Beachtung.

Danach wandte sich der Reichswehrminister Geßler gegen die Angriffe, die seine Amtsführung in den letzten Tagen erfahren hat. Er erklärte, daß die Mahraunsche Denkschrift keine Handhabe zum Einschreiten geboten habe, betonte abermals seine Entschlossenheit zu rücksichtslosem Einschreiten in den dazu geeigneten Fällen — und konnte sich im übrigen ebenso wie sein Kollege vom Auswärtigen vom Manuskript kaum trennen, was seine Ausführungen matter als sonst erscheinen ließ, als es durch die Schlagfertigkeit improvisierter Rede wirkt. Es ist kaum anzunehmen, daß mit dieser kurzen Erklärung die Parteien ganz zufrieden sein werden. Andererseits ist allerdings Kampflust und Angriffsplan nirgends zu spüren. So daß es wohl auch diesmal bei ein paar donnern, den Reden bleiben wird — trotz Vorankündigung und drohender Gesten.

*

Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung stand die Fortsetzung der ersten Beratung des Nachtragsetats für 1926 mit der Aussprache über die auswärtige Politik, verbunden mit der Beratung des völkischen Antrags auf Kündigung der Locarno-Verträge und des Antrags der bürgerlichen Parteien über die Prüfung der Kriegsschuldfrage.

Abg. **Dr. Emminger** (Bayer. Vp.) gibt zunächst für die Regierungsparteien, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayerische Volkspartei, eine **Erklärung** ab, in der es heißt:

„Das oberste Ziel der von den Regierungsparteien gebilligten Außenpolitik ist die Befreiung Deutschlands. Einen bedeutsamen Bestandteil dieser Politik bildete der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wir billigen die Haltung der deutschen Delegierten in Genf. Der Versuch, die allgemeine Abrüstung als Fortführung der Deutschland aufgezwungenen Abrüstung herbeizuführen, findet unsere vollste Unterstützung. (Beifall.) Ebenso findet unsere uneingeschränkte Zustimmung der Versuch, als Folgerung aus dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die endgültige Befreiung der besetzten Gebiete und des Saargebiets zu erreichen. (Beifall.) Eine ausführliche Diskussion darüber halten wir im gegenwärtigen Stadium schwierigster diplomatischer Vorerörterungen nicht für zweckmäßig.

Der Grundgedanke und das politische Ziel von Thoiry ist dadurch nicht als falsch erwiesen oder entwertet, daß sich ihrer baldigen Verwirklichung gewisse Hemmungen entgegengestellt haben.

Die schleunige Beendigung der interalliierten Militärkontrolle erstreben wir mit dem Außenminister. Dabei **muß unter allen Umständen verhindert werden, daß die Anwendung der Investigationen über das hinausgeht, was im Artikel 213 des Versailler Vertrages Deutschland auferlegt ist.** Die Erklärung der Regierungsparteien begründet zum Schluß den Ausgang der Wahlen in Polnisch-Oberschlesien als einen Beweis der Treue der an Polen abgetretenen Deutschen und spricht die Erwartung aus, daß Polen nunmehr die deutschen Minderheiten nicht schlechter behandeln möge, als Deutschland die polnischen Minderheiten im Lande." (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Dr. Hoetzsch** (Deutschnat. Vp.) führt aus, der Geist von Locarno sei zunächst nur eine Hoffnung, nicht eine Tatsache. Er erwähnt dann die Flaggenhissung durch den deutschen Botschafter in Washington am Waffenstillstandstage und erklärt dazu: Das durfte nicht geschehen! (Beifall b. d. Deutschnat.) Wir begrüßen die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung, aber wir betonen, daß daraus nicht weitgehende politische Folgerungen gezogen werden können. Der Eisenpakt präjudiziert nicht unsere Haltung zum Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrags. Die großen Hoffnungen, die an Thoiry geknüpft wurden, sind bitter enttäuscht worden. Diese Enttäuschung zeigt sich in allen Kundgebungen der Regierungsparteien und ihrer Presse, sie zeigte sich auch auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Luxemburg. Die von Thoiry erwartete Befreiung des Rheinlandes ist ausgeblieben. Wir fordern, daß die längst überflüssig gewordene Militärkontrolle sofort aufgehoben und daß den deutschen Bedenken gegen das Investigationsprotokoll Rechnung getragen wird. Frankreich will die Militärkontrolle durch die Investigationen ablösen lassen. Wir lehnen jede Verbindung zwischen diesen beiden Dingen ab. Eine ständige Kontrolle Deutschlands wäre unvereinbar mit Deutschlands Mitgliedschaft im Völkerbund. (Beifall rechts.)

Der ganze Reichstag, ohne Parteiunterschiede, ist einig darin, daß die Einrichtung ständiger Kontrollorgane des Völkerbundes für Deutschland unannehmbar ist. (Beifall.)

Die Besatzung des Rheinlandes und der Pfalz ist nicht gemildert worden, noch immer steht dort eine große Zahl farbiger Truppen. (Pfui-Rufe.) Wir bedauern, daß die deutsche Delegation in Genf für den polnischen Ratssitz gestimmt. Wir bedauern besonders den Austritt Spaniens, das im Kriege Deutschland gegenüber immer eine ritterliche Haltung eingenommen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist auch für uns eine Tatsache und eine Bindung internationalen Rechts. Die Folge muß die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands sein. Es ist eine Phantasie von Anfang an, wenn man glaubt, auf dem Wege der Locarno-Verträge, der Schiedsverträge, der Völkerbundsordnung Konfliktsmöglichkeiten zwischen den Völkern auf friedlichem Wege vermeiden und verhindern zu können, wenn man die Grundlage des Ganzen, die Pariser Friedensverträge, als ein noli me tangere ansieht. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Eine friedliche Verständigung ist nicht möglich, wenn man eine Revisionsmöglichkeit der Verträge auf friedlichem Wege ablehnt. Von größter Bedeutung für unsere Außenpolitik ist das Verhältnis zu Polen und zu Frankreich. Deutschland ist der größte Gläubiger Polens. Diese enge wirtschaftliche Verflechtung sollte auch zu einer Aenderung der politischen Haltung Polens beitragen. **Der Ausfall der Wahlen in Polnisch-Oberschlesien** hat vollständig das bestätigt, was seinerzeit im deutschen Reichstag gegen den Fehlspruch von Genf, gegen die Losreißung deutschen Gebietes und deutscher Menschen von Deutsch-

Was war bekannt?

Geßler sagt: nichts — Mahraun erklärt: Geßler wußte Bescheid — Der Briefwechsel zwischen Mahraun und Geßler

Reichswehrminister Geßler hatte erklärt, ihm sei über die in der Mahraunschen Denkschrift erwähnten Dinge — politische Umtriebe in der Reichswehr und illegale Organisationen innerhalb ihres Bereichs — „nichts bekannt". Demgegenüber veröffentlicht nunmehr der „Hochmeister" des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, im „Jungdeutschen" den zwischen ihm mit und seit der Einreichung seiner Denkschrift mit Reichswehrminister Geßler gepflogenen Briefwechsel. Zugleich wird er sich dadurch gegen den von rechtsradikaler Seite erhobenen Vorwurf verteidigen, daß die Verantwortung für das Bekanntwerden der Denkschrift ihn, Mahraun, treffe. Aus dem Briefwechsel interessieren besonders folgende Schreiben, wobei bemerkt sei, daß an den punktierten Stellen offenbar Namen von Personen oder Verbänden unterdrückt sind, die Mahraun auch heute noch schonen will:

18. März 1926.

An den Herrn Reichswehrminister Dr. Geßler, Hochwohlgeboren, Berlin.

Sehr geehrter Herr Minister!

Unter Bezugnahme auf eine Schrift, welche durch Herrn Staatssekretär Meißner an das Reichswehrministerium weitergeleitet wurde, übersende ich hiermit in der Anlage verschiedene bemerkenswerte Vorfälle. Ich erlaube mir zunächst den hiermit vollzogenen Schritt zu begründen. Mich treibt lediglich der Wunsch, dem Vaterlande zu dienen. Hiermit gilt für mich die Pflicht verbunden, für die deutsche Reichswehr einzutreten. Wenn sich die Anlagen mit Persönlichkeiten und Organisationen befassen, welche zur Reichswehr gehören, so geschieht dies, um pflichtmäßig auf Mißstände hinzuweisen, welche nach meiner Auffassung dem Vaterlande schaden. In weiten Kreisen der nationalen Bewegung herrscht eine geradezu katastrophale Unklarheit über . . . Wie das beigefügte Material beweist, führt diese Unklarheit dazu, daß **immer wieder abenteuerliche Politiker die Autorität der Reichswehr der Agitation für ihre Pläne zugrunde legen.** Letzten Endes liegt die schwerwiegende Gefahr vor, daß es irgendwelchen Katastrophenpolitikern doch einmal gelingt, ein ähnliches wie die hier geschilderten Projekte durchzuführen, oder zum mindesten **bis zu einem solchen Grad der Entwicklung vorwärts zu treiben, der ausreichen würde, um verheerende politische Wirren herbeizuführen.**

Ich wende mich mit Absicht an Sie, Herr Minister, und nicht an Herrn Generaloberst v. Seeckt, weil er bei seiner bekannten korrekten Ablehnung jeder Beschäftigung mit politischen Fragen auch hiermit nicht befaßt werden darf. Ich bitte Sie, **Herr Minister, schaffen Sie Klarheit** in einer für unser Vaterland so wichtigen, politisch aber so außerordentlich verfrickten Angelegenheit. Es ist unmöglich, daß die Verhältnisse so weitergehen, wenn das Werk der Entwichtigung und Disziplinierung unseres Volkes fortgeführt werden soll.

gez. Artur Mahraun.

Berlin W. 10, den 29. März 1926.

Der Reichswehrminister.

Sehr geehrter Herr Mahraun!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 18. März 1926. **Das übersandte Material war mir in seinen Grundzügen bereits bekannt,** da es in letzter Zeit den Gegenstand wiederholter Besprechungen von Vertretern der Jungdo-Leitung mit meinen Bearbeitern gebildet hat. Bei dieser Gelegenheit ist Ihnen und Ihren Herren eine Prüfung bereits zugesagt worden. Ihre jetzige Anzeige ist mir **ein neuer Beweis, daß ich jedes Zusammenarbeiten der Reichswehr mit Verbänden aller Art auf das schärfste bekämpfen muß,** da sonst — ganz abgesehen von etwaigen außenpolitischen Schwierigkeiten — die Gefahr besteht, daß die Reichswehr in den Kampf der Rivalitäten und Eifersüchteleien dieser Verbände hineingezogen wird. **Ich werde Ihre Anzeige daher den betr. Außenstellen zur warnenden Kenntnis bringen.**

gez. Geßler.

30. April 1926.

*

Herrn Reichswehrminister Dr. Geßler, Hochwohlgeboren, Berlin.

Sehr geehrter Herr Minister!

Mit Schreiben vom 18. März 1926 reichte ich eine Denkschrift ein, da mir der diesbezügliche Wunsch Euer Hochwohlgeboren durch das Bureau des Herrn Reichspräsidenten übermittelt worden war. Diese Denkschrift ist seitens der Ordensleitung streng vertraulich behandelt worden. Lediglich das Bureau des Herrn Reichspräsidenten hat auf eigenen Wunsch Abschrift zur Kenntnisnahme erhalten.

In diesem Falle ist die Denkschrift erst eingereicht worden, nachdem meine Bitte an das Bureau des Herrn Reichspräsidenten, **mir eine mündliche Aussprache mit Ew. Hochwohlgeboren zu vermitteln, mit dem Ersuchen Ew. Hochwohlgeboren, mich schriftlich zu äußern, beantwortet worden ist.**

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, mir mitzuteilen, welche Schritte ich zur Wahrung meiner persönlichen Ehre sowie zur Wahrung der Ehre derjenigen Ordensbrüder, welche in Zweifelsfällen die Ordensleitung um Rat gefragt und entsprechende Meldungen erstattet haben, unternehmen kann, ohne dortige Belange zu verletzen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

gez. Mahraun, Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

Der weitere Briefwechsel bezieht sich darauf, daß Mahraun immer wieder versichert, seine Denkschrift sei von seiten des Jungdeutschen Ordens keiner privaten Stelle mitgeteilt worden, und daß er Aufklärung darüber verlangt, wie die Denkschrift in die Hände v. Sodensterns von der „Deutschen Zeitung" kommen konnte.